



Presseinformation



Öffentlichkeitsarbeit  
Telefon: 02304/755-347, Fax: 02304/755-318  
E-Mail: [gunda.vonfircks@kircheundgesellschaft.de](mailto:gunda.vonfircks@kircheundgesellschaft.de)  
Internet: [www.kircheundgesellschaft.de](http://www.kircheundgesellschaft.de)

Schwerte, 10.9.2018

## **Konferenz der Umweltbeauftragten unterstützt friedlichen Protest im Hambacher Forst**

Die Konferenz der Umweltbeauftragten in den Kirchenkreisen der Evangelischen Kirche von Westfalen fordert RWE auf, freiwillig auf alle Arbeiten im Hambacher Wald bis zum Ende der Gespräche der „Kohlekommission“ zu verzichten, um einen gesellschaftlichen Konsens zum Ausstieg aus der Kohleverstromung zu ermöglichen. Die Konferenz schließt sich damit dem Appell der Bundesumweltministerin Svenja Schulze an. Die Konferenz der Umweltbeauftragten ruft zum friedlichen Protest gegen die Rodung des Hambacher Forstes auf.

Solch ein Moratorium wäre ein deutliches Signal des politischen Willens zu einem notwendigen Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohle, so die Umweltbeauftragten.

Die Klimaallianz Deutschland, der auch die EKvW angehört, betont: „Die Nutzung von Kohle zerstört Dörfer und Kirchen und vertreibt Menschen aus ihrer Heimat – ob in Deutschland oder Kolumbien. Der Schadstoff-Ausstoß aus der Verbrennung von Kohle heizt gefährlich das Klima an und belastet unsere Gesundheit durch Feinstaub und Quecksilber.

Werden die Kohlekraftwerke nicht erheblich gedrosselt, wird Deutschland seine Klimaziele verfehlen und die Energiewende nicht bewältigen können. Die Klima-Allianz Deutschland setzt sich deshalb für ein schrittweises und sozial verträgliches Ende des Braunkohletagebaus und das Abschalten der Kohlekraftwerke ein. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien – Deutschland muss deshalb Stück für Stück aus der Kohle aussteigen“

Die Konferenz der Umweltbeauftragten (KUB) bekräftigt damit auch den Beschluss der Landessynode der EKvW vom November 2017: „Die Landessynode bittet die Kirchenleitung, bei den politisch Verantwortlichen sowie den Parteien auf Bundes- und Landesebene darauf hinzuwirken, zeitnah ein Klimaschutz-Sofortprogramm 2018 - 2020 aufzulegen, damit bis 2020 das vereinbarte Klimaziel einer Treibhausgasreduktion von 40% in Deutschland noch erreicht werden kann. In diesem Sofortprogramm sollte das sozialverträgliche Auslaufen aller Kohlekraftwerke, die bereits eine Laufzeit von über 30 Jahren haben, enthalten sein, flankiert durch Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit.“

*Martina Faseler, Foto im Anhang:*

*Volker Rothhauwe übergibt eine Spende an Andreas Büttgen, Bürgerinitiative „Buirer für Buir“ für die Reparatur des abgebrannten Infomobils der BI*